

Preisträger 2012 – Kategorie
„Umweltengagement“

**BERLINER
UMWELTPREIS
DES BUND**



<https://aktionsbuendnis-lichterfelde-sued.de/>

Berlin, den 16. November 2021

Zur Bildung des Bezirksamtes in Steglitz-Zehlendorf

Endlich klimagerecht, sozialverträglich und nachhaltig bauen in Lichterfelde Süd

Seit bald 10 Jahren hat die ehemalige Parks Range in Lichterfelde Süd einen neuen Eigentümer, aber wirklich bauen wollte er offensichtlich nicht. Warum auch, wenn die reine Wertsteigerung von 1 m² Brachland von unter 8 € auf inzwischen über 800 € für Bauland beträgt. Das ist bei 40 ha Bauland eine Wertsteigerung um echte 320.000.000,00 €. Da kann man die Geduld der Behörden und der Politik mit unerfüllbaren Wünschen bei der Planung ganz gelassen auf die Probe stellen. Das muss endlich beendet werden, indem für die Ausweisung von Bauland durch Bezirk und Land **klare Randbedingungen** gesetzt werden:

- **Klimaneutral und klimagerecht bauen** für alle Menschen in Li-Süd,
 - Kaltluftschneisen für bestehende Siedlungen nicht zuzubauen, sondern ertüchtigen, insbesondere die Schneisen zur Stadtmitte
 - Oberflächenwasser nutzen und nicht als Abwasser ableiten
 - Begrünung von Dachflächen, Fassaden statt Betonierung von Freiflächen
 - Nachhaltige Baustoffe statt Betonbauten
 - Waldverlust zwingend in Lichterfelde Süd mit Grün ausgleichen
- **Verkehrsaufkommen und -erschließung** der Kapazität des ÖPNV und der Straßen für den Individualverkehr anpassen unter Beachtung der
 - Gutachten zu heute schon überlasteten Verkehrsknoten
 - Bauvorhaben im Einzugsbereich der Erschließungsstraßen in Berlin und in den Nachbargemeinden in Brandenburg
 - schon jetzt überlasteten ÖPNV-Verbindungen, die auf der Schiene zweigleisig durchgehend ausgebaut werden müssen.
- **Sozialverträgliche Stadtentwicklung** mit den im Umfeld bestehenden Wohngebieten und der unmittelbaren Nachbarschaft im Land Brandenburg
 - Gemeinsames Siedlungszentrum für alte und neue Bebauung mit Bildungs- u. Begegnungsorten: Stadtteilbibliothek für Lichterfelde, Jugendfreizeitbereich, Frauenkompetenz- und Seniorenzentrum,
 - Sozialwohnungen mit einem Anteil von 50 % an der Gesamtwohnfläche

- Grundschule mit Ausbaumöglichkeit zur Gemeinschafts-Compartment-Schule nahe und in Kooperation mit der Mercator-Schule bauen
- Behindertengerechtes Bauen und Gestalten von Wegen und Plätzen
- **Lärminderung** für neue und bestehende Wohnbereiche an Straßen und beiderseits der Bahnschienen
- **Naherholungsmöglichkeiten** für alte und neue Bewohner auf einem Landschafts- und Naturschutzgebiet mit einem Lernort für Umweltschutz und Nachhaltigkeit
- **Lern- und Gedenkort** unter Nutzung der Baracken des Stalag III D mit der vorhandenen Infrastruktur von Energie-, Trink- und Abwasser-Leitungen mit
 - öffentlich-rechtlichem Betreiber auf übereigneten Grundstücken in denkmalgeschützten Gebäuden
 - Angeboten an Schulen und an die Öffentlichkeit
 - Informationsveranstaltungen gemeinsam mit dem Dokumentationszentrum Zwangsarbeit.

Die für Stadtplanung und Naturschutz zuständige Verwaltung des Bezirks hat seit Jahren versucht, den Forderungen des Eigentümers nachzukommen,

- so lange das „Gutachten“ des Eigentümers zur Nazi-Vergangenheit nicht durch uns und zwei weitere Initiativen 2019 widerlegt worden ist,
- jedoch keine Lösung für die seit fünf Jahren gutachterlich festgestellten, heute bereits unzumutbaren Verkehrsprobleme an mehreren Verkehrsknoten gefunden worden ist. Ein absehbares Verkehrschaos wird weiter in der Planung in Kauf genommen und allen Bewohnern zugemutet.
- obwohl kein Klimagutachten für die konkreten Auswirkungen der Bebauung auf die vorhandenen Wohnbereiche existiert und dort niedergelassene Ärzte gesundheitliche Folgen für Jung und Alt befürchten.
- obwohl Lärm für Anwohner und bei der neuen Schule und ihrem Sportplatz weiter nicht gemindert werden soll.

Wir fordern immer noch:

ENDLICH klimagerecht, sozialverträglich und nachhaltig bauen, NICHT pokern, pokern, pokern, pokern. Denn dieses Pokern ist UNGRÜN; UNSOZIAL UND UNFREI

Der Staat hat die Möglichkeit, das Recht und die Freiheit, Bedingungen an die Erteilung von Baurecht zu knüpfen. Vor dem Hintergrund der unsittlichen (nach H.J. Vogel) Wertsteigerung der bebaubaren Flächen sind alle diese Forderungen nach Gemeinwohlorientierung erfüllbar. Bauen nach dem jetzigen Planungsstand würde das Gemeinwohl grob verletzen und die bestehende Not auf dem Wohnungsmarkt nicht angemessen mindern, ob dieser Plan gebaut wird oder auch in Zukunft nicht.

Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde Süd